



Pressemitteilung

16.Juni 2007

Geplante Biogasanlage zur Erzeugung von Strom und Wärme am Klärwerk Geesthacht

Die Stadt Geesthacht plant eine Biogasanlage zur Erzeugung von Strom und vor allem Wärme am Klärwerk zu errichten. Die erzeugte Wärme soll zur Trocknung des anfallenden Klärschlammes genutzt werden, um so eine Nutzung des Schlammes als Braunkohleersatz zur Verfeuerung in Müllverbrennungsanlagen möglich zu machen. Zur Zeit wird der noch relativ feuchte Klärschlamm als Dünger auf die Felder aufgebracht, was angesichts der Verschärfung der Klärschlammverordnung wegen des Kupferanteils im Klärschlamm so zukünftig nicht mehr möglich sein wird.

Grundsätzlich ist gegen die Nutzung von nachwachsenden Rohstoffen zur Energieerzeugung nichts einzuwenden, aber in diesem Fall soll die Erzeugung des Biogases durch die Silierung von Mais erfolgen. Dafür ist eine Silageanlage erforderlich, die nach dem Willen der Planer und der Stadtverwaltung möglichst nahe am Bio- Kraftwerk gebaut und betrieben werden soll. Da die Anlage in offener Bauweise gebaut werden soll, wird es unweigerlich zu Geruchsbelästigungen der nahen Wohngebiete am Heuweg führen. Zwar wird von den Fachleuten eine Geruchsbelästigung nahezu ausgeschlossen, aber das Fachleute sich irren können, haben bereits mehrfach die „Fachplaner“ der Geesthachter Strassen und Plätze bewiesen. In entsprechender Fachliteratur kann man nachlesen, dass gerade bei der Vergärung (Silierung) von proteinhaltigen Stoffen Geruchsbelästigungen durch Schwefelverbindungen und Schwefelwasserstoff sowie Buttersäure entstehen kann, diese Verbindungen wiederum sind hochgiftig. Im Immissionsschutzgesetz werden die Anforderungen für die Genehmigung einer solchen Anlage reglementiert. Bei Biogasanlagen ist nach der TA- Luft bei geschlossenen Anlagen ein Abstand von 300 m und bei offenen Anlagen von 500 m zur nächsten Wohnbebauung gefordert. Der Abstand zum Wohngebiet am Heuweg beträgt gerade mal zwischen 250 und 400 m. Da es sich bei der Silageanlage um einen offenen Fahrsilo handelt, ist der Mindestabstand aus Sicht der FDP nicht eingehalten.

Die FDP- Fraktion will verhindern, dass durch den Betrieb der offenen Silageanlage in unmittelbarer Nähe des Wohngebietes die Wohnqualität und damit auch der Grundstückswert beeinträchtigt wird. Bereits heute treiben bei Westwind Geruchsschwaden vom Klärwerk über das Wohngebiet.

Ein weiterer Kritikpunkt seitens der FDP ist das drastisch erhöhte Verkehrsaufkommen durch die notwendigen Transporte zur Befüllung des Silagebunkers und des Abtransportes der anfallenden Gülle, sowie des getrockneten Klärschlammes quer durch das Stadtgebiet. Auch hier verharmlosen die Planer. Nach ihren Angaben sollen es nicht mehr als 700 Fahrten im Jahr sein. Diese Rechnung geht nach Meinung der FDP nicht auf. Für die Befüllung des Silagebunkers werden ca. 12.000 t Mais benötigt. Die Ernte erfolgt ca. im August und innerhalb eines Monats werden dann diese ca. 12.000 t Mais angefahren.

Wenn man rechnet, dass ein Sattelzug ca. 30 t laden kann, dann sind dies bereits ca. 400 Fahrten, allerdings nur die Anfahrt, die Züge fahren dann leer zurück, macht insgesamt 800 An- und Abfahrten in einem Monat.

Dazu kommen noch die Abtransporte der durch die Silierung anfallenden stinkenden Gülle und des getrockneten Klärschlammes. Man stelle sich vor, Gülletransporte quer durch die Stadt!

Die Maisanlieferung erfolgt aus den umliegenden Gemeinden und nicht nur aus Niedersachsen. Daher lehnt die FDP eine zentrale Silageanlage am Klärwerk wegen der zu erwartenden Geruchsbelästigung und des Verkehrsaufkommens ab.

Der Vorschlag der FDP im Bauausschuß, die Silierung dezentral durchzuführen und nur den für die Befüllung des Fermeters zur Erzeugung des Bio- Gases benötigten jeweiligen Bedarf des Siliergutes über das Jahr verteilt zum Klärwerk zu transportieren, stößt bei der Stadtverwaltung, Planer und Werkleitung auf wenig Gegenliebe. Man befürchtet eine Abhängigkeit von den Maisproduzenten, den Landwirten.

Eine dezentrale Lösung würde die Transporte aber deutlich reduzieren und vor allem über das Jahr verteilen. Geruchsbelästigungen der Anwohner am Heuweg sind gering, da die Silage in dem geschlossenen Fermeter eingefüllt und vergast wird. Ein Transport der anfallenden Gülle durch das Stadtgebiet fällt weg, sie verbleibt am Ort der Erzeugung und wird von dort aus weiterverarbeitet.

Über diese technischen Fragen hinaus ist auch noch nicht geklärt, was diese Anlage der Stadt Geesthacht wirtschaftlich bringt. Die Investitionskosten sind mit ca. 4,5 Mio. EURO veranschlagt und könnten sich auch im Abwasserpreis niederschlagen.

Während die FDP und SPD dem Projekt kritisch gegenüberstehen, sind CDU und Grüne sich offensichtlich einig gegen alle Widerstände diese Anlage wie geplant umzusetzen.

Die FDP erwartet von der Verwaltung ein klares Ja zur Forderung nach dezentraler Silierung und die umfassende Beteiligung der betroffenen Anwohner des Wohngebietes am Heuweg, sowie eine detaillierte Kosten- Nutzen Analyse mit Alternativen zur Klärschlammverwertung wie beispielsweise die Trocknung in bereits bestehenden Anlagen (Lanken) oder Möglichkeiten zur Reduzierung des Kupfergehaltes u.ä.

Sollten diese Forderungen nicht erfüllt werden, lehnt die FDP dieses Projekt ab und wird mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln die Rechte der Anwohner vertreten.

FDP- Fraktion Geesthacht
Rüdiger Tonn